

Hannover, 26.3.1977

INITIATIVGRUPPE

Biologische Sicherheit

HANNOVER

Karsten Fiedler

Herrn Walther Soyka

Als schriftliche Zeugenaussage zur
Verwaltungssache:

- wasserrechtliches Genehmigungsverfahren z. Atomwerk GROHNDE -

HIER : Irreführung und Behinderung des Regierungspräsidiums
gegenüber Einwendern und Bevollmächtigten/Gutachtern
des o.gen. Verfahrens durch örtliche Verlegung der
Auslagestelle der Antragsunterlagen und des Dezernates (307/503)
zur Entgegennahme der schriftl. Einwendungen.

- B E S C H W E R D E -

Laut Bekanntmachung des Regierungspräsidenten vom 16.8.'76
(veröffentl. am 25.8.'76) sollten die Antragsunterlagen für
das AKW Grohnde bezüglich des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
vom 26.8.76 - 26.10.76 (einschließlich!) in Hannover beim
Regierungspräsident, Archivstr. 2 , Zi.247 ausgelegt sein.

In der gleichen Stelle sollten in der obigen Frist auch die Einwendungen
abgegeben werden können.

Um zum Sammeln der Einwendungen die gesamte Frist nutzen zu
können begab ich mich am 26.10.76 vormittags in die Archivstr.2
um den ersten Teil der von mir zu überbringenden Einwendungen
abzugeben. (Den 2.Teil der Gesamtanzahl sollte ich Mittags
bekommen um sie vor Dienstschluß abgeben zu können) Als ich mich
beim Pförtner nach dem zuständigen Zimmer erkundigte bekam ich
die überraschende Antwort, daß sich eine Stelle zur Entgegennahme
von Einwendungen nicht im Amt Archivstr.2 befinde.

Meine Verwunderung zum Ausdruck bringend -unter Hinweis auf die
o.gen. öffentliche Bekanntmachung- und darauf dringend, nun den
Ort zur Abgabe der Einwendungen genannt zu bekommen bzw. einen
Verantwortlichen sprechen zu wollen, um diese Irreführung zu
klären, wurde ich lediglich an die Zimmernummer 247 verwiesen um
mich dort weiter zu informieren. Dort jedoch konnte ich nichts
erfahren, - außer, daß die von mir gesuchte Stelle sich dort
nicht mehr befände. Nach längerem Suchen, Hin-& Hergefrage war
ein Angestellter so freundlich (nunmehr in seiner Mittagspause)
sich telefonisch zu erkundigen wohin ich mich wenden könne.

Nach vier Telefonaten konnte der Mann mir sagen, daß die zuständige Stelle, das Dezernat 307 (Fr. [REDACTED]) im Rahmen allgemeiner Dienststellenverlegung am Morgen des 26.10. in die Gebäude des Regierungspräsidenten - Hannover, Papenstieg- umgezogen sei. Nun mußte ich von einem Amtsgebäude zum ändern, was mich viel Zeit gekostet hat da es schwer war den Umzug zu erfahren (ca. 1¹/₂ std im Amt gewesen) und nun den Weg von der Archivstraße zum Papenstieg zurücklegen mußte. Durch diese nicht erwartete Inanspruchnahme war ich behördlicherseits behindert die restlichen Einwendungen verabredungsgemäß entgegen zu nehmen.

Als ich dann die Amtsgebäude im Papenstieg erreicht hatte erlebte ich die nächste -nun um so fatalere Überraschung. Als ich den Pförtner nach Frau [REDACTED], Dezernat 307 frage, schaute er in sein Register und verneinte Kenntnis von dieser Stelle bzw. vom Umzug dieses Dezernates von der Archivstraße in den Papenstieg zu haben. Nun war meine Geduld auch etwas strapaziert und erklärte dem Pförtner daß vorher mit der Frau [REDACTED] telefoniert wurde und sie mein Erscheinen erwarte. Der Pförtner bat sein Nichtwissen zu entschuldigen (obwohl er von verantwortlicher Seite der Dienststelle aus nicht in Kenntnis gesetzt worden ist) und wollte mich um die Ecke in die Amtsgebäude des Regierungspräsidenten in die Wilhelmstr. schicken. Ich war nicht willig mich diesem erneuten Abschieben zu beugen und verlangte einen verantwortlichen Vorgesetzten um diesen Vorfall auf der Stelle zu klären.

Durch Zufall oder angezogen durch unser lauterer Gespräch kam ein anderer Angestellter/Beamter auf dem Wege zum Ausgang zu uns heran. Ich erhielt die Auskunft (die nun wiederum den Pförtner sehr überraschte!) daß das Dezernat 307, Frau [REDACTED] tatsächlich eingezogen sei und der Herr wies mir den Weg.

Als ich dann bei der Frau [REDACTED] die Einsprüche abgegeben und die Erschwernisse nachdrücklich darstellte die mir die Behörde verursacht hatte, vereinbarte ich mit dem verantwortlichen Vorgesetzten, Herrn [REDACTED], daß ich die restlichen Einwendungen am darauffolgenden Tage abgeben konnte. Herr [REDACTED] gestand ein, daß die Verlegung der Dienststelle innerhalb der Auslegungs- und Einspruchsfrist wegen seiner "Kurzfristigkeit" nicht öffentlich bekannt gemacht wurde. Um für etwa Betroffene keine Nachteile entstehen zu lassen wurden am 27.10.76 106 Unterschriften auf 38 Blättern abgegeben; und dies von Frau [REDACTED] handschriftlich bestätigt. Außerhalb der Frist !

Im Rahmen des wasserrechtlichen Teil des Genehmigungsverfahrens (Erlaubnis für die Gewässerbenutzung), war die Auslegungszeit vom 16.9. - 18.10. 76, und Einwendungen sollten abgegeben werden können innerhalb der Auslegungsfrist, bis zum 2.11.76 in der für Hannover zuständigen Stelle: RP-Hannover, Sutelstr.73, 3 Hannover 51. Als ich aber am 2.11.76 in die Sutelstr.73 fuhr um 228 Einwendungen abzugeben, die ich zum Teil auch als Sachbestand zu vertreten hatte, mußte ich dort feststellen, daß auch diese Stelle umgezogen war, ohne daß dieser Akt in den öffentlichen Informationsquellen bekannt gemacht worden ist! Es war lediglich ein Verweiszettel in die Tür gehängt worden, mit dem Hinweis, die Stelle sei in die Marienstraße verzogen. Diese Information war auch unrichtig! Es gibt zwar eine RP-Stelle in der Marienstraße, doch war der Abgabensort tatsächlich im RP- Gebäude Wilhelmstr. 19-21, 3 Hannover, Stelle Dr. [REDACTED], Sachbearbeiter Herr [REDACTED] (503). (Anlage 1 und 2)

In beiden Fällen wurde vom Regierungspräsidium entgegen den Auslegungsrichtlinien gehandelt, indem Verwaltungsakte, die mit einem erheblichen Teil öffentlichen Interesses verquickt sind, - und die für den Bürger eine der wenigen Möglichkeiten sind überhaupt seinen "Volkswillen" den Verwaltungsorganen entgegenzubringen, - nicht öffentlich bekannt gemacht wurden! Sogar sind in beiden Fällen öffentliche Bekanntmachungen des RP (v.6.9.76, -AZ.:503.1-62011/2.04-023) ergangen, die bezüglich der Annahmestellen für Einwendungen falsche Angaben verbreitet haben!

Diese Fakten geben mir Anlaß und Legitimation, mich als Demokratie-Bewußter Bundesbürger in der Ausführung meiner bürgerrechtlichen und gesundheitsbewußten Pflichten vom Regierungspräsidenten als versucht irregeführt und eindeutig behindert worden, zu sehen!

Gegen diese Beeinträchtigung meiner demokratischen Rechte, und gegen Handlungsakte der Verwaltungsorgane die den Beteuerungen kompetenter Minister (Matthöfer, Mauhofer), -präsidenten (Albrecht) um "offene Information" und dialogische "Zusammenarbeit" mit dem Bürger entgegenstehen, lege ich hiermit schärfstens Protest ein.

Anlage1: Empfangsbescheinigung
des Dez. 307

[REDACTED]
Karsten Fiedler

Anlage2: Empfangsbestätigung des Dez.503 (Kopien)

Einspruch - wasserrechtl. & Vorklämme

27.10.76/106 ges. Unters. auf 38 Blätter

26.10.76/126 ges. Unterschriften auf 13 Blättern
als Einspruch gegen die Errichtung v. Vorklämmen.

abgegeben am 27.10.76, 9⁰⁰ Uhr



im Disput 307 beim
Regierungspräsidenten in Hannover

Anlage 1

2. Schreiben v. 26.3.77

Anlage 2

2. Schreiben v. 26.3.77

127 ^{individual} Einwendungen gegen wasserrechtl. Nutzung des Weser
auf 72 Blättern
(4 davon auf 2 Spindelblättern - Sojka 2. Entwurf)
mit Vollmacht!

+ 97 Einwendungen auf ¹⁰ Listen gegen wasserrechtl. Nutzung

+ 4 " " auf 3 Blättern gegen " " &
Kuhltürme

fs. 228 Einwendungen auf 87 Blättern
am 2. 11. 76 beim RP abgegeben

Aufpassen

Der Regierungspräsident
in Hannover